

(Abg. Müller [Bwaldau].)

(A) Vorläufig, meine Herren, tobt teilweise in der Presse und in den Petitionen, auf die ich nicht eingehen will, aus dem einfachen Grund, weil sie durch den Beschluß der Finanzdeputation A, dem Sie wohl beitreten werden, erledigt sind, der Kampf für oder gegen Elster. Was dabei zutage gefördert wird, das hält der Wirklichkeit nicht stand.

Wir müssen heute feststellen, daß durch die Ausnutzung der Radiumquellen in Brambach die Interessen von Bad Elster in keiner Weise geschädigt werden, weil die Heilquellen anderen Zwecken dienen.

Für die angebliche Beunruhigung der Elsteraner Hausbesitzer war kein Grund vorhanden, und auf der anderen Seite weiß man ja, wie solche Beunruhigungen künstlich erzeugt werden können. Sie waren künstlich erzeugt, und ich bin auch in der Lage, den Nachweis dafür zu führen, und zwar war diese Beunruhigung künstlich erzeugt worden in der Leipziger Presse und in Dresdner Blättern. Es wird namentlich in den Bemerkungen der Dresdner Presse auf die Opfer hingewiesen, welche der Staat für Bad Elster gebracht hat. Der Staat habe Millionen geopfert und opfere heute noch Millionen. Wer die Statpositionen sorgfältig lese, dem werde ohne weiteres erkennbar sein, daß Bad Elster nicht mit dem Plus, son-

(B) dern, wenn man alles zusammenrechne, mit einem erheblichen Defizit abschließe. In dem Artikel im „Dresdner Anzeiger“, von dem ich annehme, daß er von ganz bestimmter Seite des Finanzministeriums ausgeht, wird namentlich diese Frage kultiviert und nachgewiesen, daß die Opfer, die für Bad Elster gebracht würden, ungeheuerlich seien, daß, wenn die Regierung ein Staatsbad errichtete, mit einem Worte gesagt, das wiederum ungeheure Opfer erforderte. Man spricht von 6 Millionen und dergleichen mehr und sagt, daß der Staat bei weitem nicht so glücklich arbeiten könne wie eine Privatgesellschaft und daß die Steuerzahler in Sachsen nur stutzig würden und der Regierung die größten Vorwürfe machten.

Meine Herren! Wir haben in der Deputation schon zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung, wenn sie derartige Heilschätze der Allgemeinheit dienstbar macht, sich vom Profitstandpunkte nicht leiten lassen darf, sondern nur vom Standpunkte des Nutzens für die Allgemeinheit, und der ist bisher für Bad Elster in jeder Richtung zum Ausdruck gekommen. Wir sind auch gern bereit, für ein Bad, das der kranken Menschheit dienstbar gemacht werden soll, selbstverständlich alle die Mittel zu bewilligen, die notwendig

sind; aber wir haben auf der anderen Seite zu bemerken, daß sich Bad Elster aus dem Bade für sogenannte kleine Leute im Laufe der Zeit zu einem Luxusbad entwickelt hat. In einem Artikel der „Dresdner Nachrichten“ wird ausgeführt, daß die Zustände in Bad Elster heute so seien, daß das bemittelte Publikum es sich zweimal überlegen werde, ob es länger dableibe, der Grünaer Bach sei für sensible Geruchsnerven der oberen Zehntausend unmöglich, man könne nicht länger zusehen, daß das so fortgehe, und der Bach müsse überbrückt werden. Man könne nicht länger zusehen, daß man die Naturschönheiten nicht genießen könne, weil die Weiße Elster, die von Böhmen herüber durch Bad Elster hindurchzieht, einen derartigen Geruch mit sich führe, daß es beim besten Willen nicht mehr auszuhalten sei.

Meine Herren! Für Arbeiter ist Bad Elster kein Aufenthalt; sie finden kein entsprechendes Unterkommen, wenn sie nicht über Privatmittel verfügen, und man kann es ruhig aussprechen, daß nach bürgerlichen Begriffen Arbeiter überhaupt so lange nicht krank werden dürfen, als bis sie sterbensreif sind, und dann vertröstet man sie auf das himmlische Radium.

(D) Nun, meine Herren, wäre einmal zu untersuchen, wie das Finanzministerium vor dem Staatsbad graulich zu machen sucht. Wie gesagt, aus den Artikeln geht hervor, daß es sich zunächst um die Kostenfrage handelt. Es würden 6 Millionen Mark erforderlich sein. Damit sei aber die Sache noch nicht abgeschlossen. Das würde ein Faß ohne Boden werden. Auf 10 und mehr Millionen Mark würde es den Staat zu stehen kommen. Vor allem sagt man aber: Was sollen wir mit einem Staatsbade in so reizloser Umgegend anfangen? Es ist ganz merkwürdig, meine Herren, daß der Bezirksausschuß der Königl. Amtshauptmannschaft Olsnitz es war, der nach einem Berichte des „Vogtländischen Anzeigers“ vom 16. Februar 1911 auf S. 10 — der Herr Kollege Dr. Schanz muß das auch wissen — eine Besichtigung des landschaftlich reizvollen Geländes in Brambach vorgenommen hat. Dem Bezirksausschuß muß also die landschaftliche Schönheit von Brambach eine außerordentliche gewesen sein, sonst wäre er zu einer derartigen Anschauung nicht gelangt. Dieser Umstand und diese Bemerkungen stehen in direktem Gegensatz zu der Meinung der Regierung, die sie in der Deputation zum Ausdruck gebracht hat und die auch in dem „Dresdner Anzeiger“ enthalten ist.

(Abg. Günther: Die braucht nicht richtig zu sein!)